Deutscher Bundestag **Drucksache 16/9076**

16. Wahlperiode 07. 05. 2008

Antrag

der Abgeordneten Klaus Hofbauer, Dirk Fischer (Hamburg), Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof), Dr. Klaus W. Lippold, Renate Blank, Klaus Brähmig, Georg Brunnhuber, Hubert Deittert, Enak Ferlemann, Peter Götz, Bernd Heynemann, Norbert Königshofen, Hartmut Koschyk, Eduard Oswald, Dr. Norbert Röttgen, Dr. Andreas Scheuer, Ingo Schmitt (Berlin), Wilhelm Josef Sebastian, Gero Storjohann, Volkmar Uwe Vogel, Gerhard Wächter, Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und der Fraktion der CDU/CSU
sowie der Abgeordneten Heinz Paula, Uwe Beckmeyer, Sören Bartol, Christian Carstensen, Annette Faße, Rainer Fornahl, Renate Gradistanac, Hans-Joachim Hacker, Dr. Reinhold Hemker, Gabriele Hiller-Ohm, Klaas Hübner, Brunhilde Irber, Ernst Kranz, Ute Kumpf, Thomas Oppermann, Rita Schwarzelühr-Sutter, Jörg Vogelsänger, Petra Weis, Dr. Margrit Wetzel, Engelbert Wistuba, Heidi Wright, Dr. Peter Struck und der Fraktion der SPD

Zwölf-Tage-Regelung in Europa wieder einführen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Seit April 2007 gelten EU-weit neue Sozialvorschriften im Straßenverkehr. Nach dem neuen Recht ist u. a. für Busfahrer die Möglichkeit, die wöchentliche Ruhezeit nach zwölf aufeinanderfolgenden Tageslenkzeiten (Zwölf-Tage-Regelung) zu nehmen, gestrichen worden. Nunmehr ist das Fahrpersonal verpflichtet, bereits nach sechs Tagen einen Tag Ruhezeit zu nehmen. Damit geht die Flexibilität beispielsweise bei mehrtägigen Rundreisen verloren, oder der kombinierte Einsatz des Fahrpersonals in Spitzenzeiten des Schülerverkehrs ist nur noch schwer möglich. Kompensiert werden kann dies nur durch einen nicht im Verhältnis stehenden hohen finanziellen Aufwand wie die Anmietung von ausländischem Fahrpersonal oder ausländischen Fahrzeugen. Die Praxis zeigt auch, dass es bei angemieteten ausländischem Fahrpersonal oft zu Verständigungsproblemen zwischen Reisegast und Fahrer kommt. Etliche Busunternehmer haben daher bereits mehrtägige Reisen aus ihrem Programm genommen, auch mit negativen Auswirkungen auf touristische Destinationen in der Bundesrepublik Deutschland. Die bereits bestehende Konkurrenzsituation zu anderen Verkehrsträgern wurde weiter zum Nachteil der Busunternehmen verschärft.

Aber auch die Fahrer sind durch die neuen Vorschriften doppelt betroffen. Sie müssen nun ihren Ruhetag weitab von ihren Familien und ihrem sozialen Umfeld verbringen. Ferner beklagen sie Gehaltseinbußen von bis zu 400 Euro monatlich. Diese resultieren u. a. daraus, dass die Einsatzmöglichkeiten für Fahrer durch die neuen EU-Bestimmungen deutlich reduziert werden.

Der Deutsche Bundestag hat bereits beschlossen, dass bis Ende der Legislaturperiode ein Bericht über die Auswirkungen der neuen Lenk- und Ruhezeiten für das deutsche Omnibusgewerbe vorzulegen ist (Bundestagsdrucksache 16/1900). Zur Vorbereitung dieses Berichts hat das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung ein Gutachten in Auftrag gegeben, das u. a. die wirtschaftlichen Auswirkungen für das deutsche Omnibusgewerbe und die Auswirkungen für die Fahrer aufgrund der Einführung der neuen Lenk- und Ruhezeiten ermitteln soll. Gleichzeitig hat die Europäische Kommission eine Untersuchung in Auftrag gegeben, deren Ergebnisse gegen Ende des Jahres 2008 erwartet werden.

In seiner Sitzung am 26. März 2008 hat der Verkehrsausschuss des Europäischen Parlaments zwei Anträge zur Wiedereinführung einer Zwölf-Tage-Regelung verabschiedet. Auch EU-Vizepräsident und Verkehrskommissar Jacques Barrot hat öffentlich Unterstützung bei der Änderung der Lenk- und Ruhezeiten zur Wiedereinführung der Zwölf-Tage-Regelung zugesagt.

Allerdings sind bei der gesamten Entwicklung auch die Aspekte der Verkehrssicherheit zu berücksichtigen, damit der Reisebus das sicherste Verkehrsmittel bleibt.

II. Der Deutsche Bundestag bittet die Bundesregierung,

– sobald die Anträge des Europäischen Parlaments auf Wiedereinführung einer Zwölf-Tage-Regelung im Verkehrsministerrat behandelt werden, diese Initiativen zu prüfen und positiv zu begleiten;

– den Abschluss der in Auftrag gegebenen Untersuchungen zu forcieren und unverzüglich nach Vorliegen zu evaluieren und dem Deutschen Bundestag zu berichten.

Berlin, den 7. Mai 2008

Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und Fraktion
Dr. Peter Struck und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333